ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: EG-ASEAN - Devisenreserven - Gruppe der 77 - Brain Drain - VR China

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1979) : Kurz kommentiert: EG-ASEAN - Devisenreserven - Gruppe der 77 - Brain Drain - VR China, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 3, pp. 105-106

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135290

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

EG-ASEAN

Erfolgserlebnis

Unter Beteiligung von über 800 führenden Wirtschaftsvertretern und Politikern wurde Ende Februar in Jakarta eine Konferenz der EG mit den ASEAN-Ländern abgehalten. Es ging um die Perspektiven der industriellen Kooperation vor allem in arbeitsintensiven Sektoren und im Rohstoffbereich. Dabei wurden auch über 200 konkrete gemeinsame Investitionsprojekte beraten.

Mit der Konferenz wurde eine vor zwei Jahren begonnene Politik fortgeführt, die auf eine stärkere regionale Diversifizierung der europäischen Kooperation mit Entwicklungsländern hinausläuft. Der Abschluß weitreichender Kooperationsabkommen und von Investitionsverträgen erscheint realistisch. Für Länder wie Frankreich und Italien, die bisher weniger stark in ASEAN-Ländern engagiert waren, ergab sich darüber hinaus die Möglichkeit, durch das gemeinsame Auftreten leichter ins Geschäft zu kommen. Die ASEAN-Konferenz kann insofern durchaus als eines der selten gewordenen Erfolgserlebnisse europäischer Integration angesehen werden.

Für die ASEAN-Länder ergibt sich eine politische Aufwertung und zugleich die willkommene Gelegenheit, ein Gegengewicht gegen die japanische und amerikanische Dominanz in der industriellen Zusammenarbeit aufzubauen. Nicht zuletzt kann die intensivierte Wirtschaftskooperation mit der EG auch ein politisch stabilisierender Faktor im Fernen Osten werden. Es ist nur zu hoffen, daß die EG-ASEAN-Beziehungen auch weiterhin von Realismus geprägt bleiben. Denn bei allen positiven Zukunftsaussichten dürften die konkreten wirtschaftlichen Erfolge zumindest kurzfristig kaum den Erwartungen der ASEAN-Länder entsprechen.

ju

Devisenreserven

Finanzierung von Rohstofflagern?

Mit seinem Vorschlag, Devisenreserven zur Finanzierung von Rohstofflagern einzusetzen, hat Bundesfinanzminister Matthöfer zwei Problemkreise erneut in die Diskussion gebracht. Zum einen die grundsätzliche Frage der Verwendung von Devisenreserven für Nichtinterventionszwecke, zum anderen die Frage, inwieweit der Staat direkt Vorratslager für wichtige Rohstoffe unterhalten und finanzieren soll.

Ohne Frage haben die deutschen Devisenreserven schon seit mehreren Jahren eine Höhe, die sich, gemessen an ihrem eigentlichen Zweck, ökonomisch nicht mehr sinnvoll begründen läßt. Devisenreserven dienen dem Ausgleich kurzfristiger Zahlungsbilanzdefizite. Internationale Liquidität, deren Höhe die hierfür notwendigen „working balances" übersteigt, stellen für eine Volkswirtschaft einen Verzicht auf Güter- und Dienstleistungen dar. So gesehen ist es ökonomisch durchaus sinnvoll, den „Liquiditätsüberhang" abzubauen. Bundesbankgesetz und internationale Vereinbarungen verbieten es aber, Devisen für den Erwerb von Gütern oder ausländischen Beteiligungen einzusetzen. Will man daran nicht rütteln, bleibt nur der Weg, sich über Zahlungsbilanzdefizite der unerwünschten internationalen Liquidität zu entledigen.

Eine Möglichkeit hierzu wäre ein bereits diskutiertes Modell, nach dem einer bestehenden oder neu zu gründenden öffentlich-rechtlichen Institution DM-Kredite von seiten der Bundesbank gewährt werden sollen. Diese Institution verwendet die Kredite zum Import von wichtigen Rohstoffen, und die Bundesbank interveniert auf den Devisenmärkten, um das Zahlungsbilanzdefizit zu finanzieren. Dieses Modell des direkten staatlichen Eingriffs in die Bevorratung von Rohstoffen steht jedoch im Gegensatz zu den Vorstellungen des Staatssekretärsausschusses für Rohstofffragen, der steuerliche Förderungsmaßnahmen zugunsten der Privatwirtschaft vorzieht. Trotzdem wäre es sicher falsch, die Diskussion über die Verwendung überschüssiger Devisenreserven aus politischen Gründen nicht weiterzuführen.

ww

Gruppe der 77

Einseitige Vorstellungen

Mit der Verabschiedung des „Arusha-Programms für kollektive Eigenständigkeit" nach der vierten Ministertagung der „Gruppe der 77" liegen Verhandlungsprogramm und -strategie der Entwicklungsländer für die 5. Welthandelskonferenz fest. Eine Aufweichung der bisherigen Forderungen ist demnach nicht eingetreten. Nach wie vor werden eine internationale Umverteilung der industriellen Produktion, eine Stärkung von Wissenschaft und Technologie in der Dritten Welt sowie der Abbau von Handelshemmnissen in den Industrieländern verlangt. Mit Vorwürfen an die Adresse der reichen Länder wird nicht gespart: sie trügen die Hauptverantwortung für die weltweite Krise und hätten durch ihre eigenen ungelösten Probleme die Entwicklung in den Staaten der Dritten Welt behindert. Auch im Hinblick auf den Nord-Süd-Transfer von Ressourcen hätten sie es an Kooperationsbereitschaft fehlen lassen.

Weniger wortgewaltig zeigt man sich dort, wo es um die eigenen Anstrengungen der Entwicklungsländer geht. Sie werden nur am Rande erwähnt. Auch die vergleichsweise weit fortgeschrittenen Verhandlungen über das Integrierte Rohstoffprogramm treten in den Hintergrund, und über die Weiterentwicklung der Landwirtschaft in der Dritten Welt wird kein Wort verloren. So ergibt sich insgesamt der Eindruck, daß die vielerorts gehegten Hoffnungen auf ein besseres Verständnis der Entwicklungsländer für die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge verfrüht waren.

Ob sich die Entwicklungsländer mit den in der Arusha-Erklärung formulierten Vorstellungen einen Gefallen tun, kann bezweifelt werden. Die Befürchtung, daß ihre einseitige Verurteilung der Industrieländer nur denjenigen neuen Auftrieb gibt, die ohnehin schon lange für eine harte Haltung gegenüber den Forderungen der Dritten Welt eintreten, dürfte jedenfalls nicht von der Hand zu weisen sein. Damit werden es diejenigen, die sich bei uns für die Interessen der armen Länder einsetzen, in Zukunft noch schwerer haben. mk

Brain Drain

Entwicklungshilfe für die Reichen

Die Industrieländer erhalten von den Entwicklungsländern fast ebensoviel „Entwicklungshilfe", wie sie selber an öffentlicher Hilfe leisten. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls das Sekretariat der UNCTAD aufgrund eines Vergleiches der staatlichen Entwicklungshilfeleistungen der USA, Kanadas und Großbritanniens mit dem Wert der hochqualifizierten Arbeitskräfte, die jedes Jahr aus Entwicklungsländern einwandern. Zum Beispiel kehren schätzungsweise 50–70 % der Ärzte, die jedes Jahr die Hochschulen Pakistans verlassen, auch ihrem Land den Rücken, und 25 % der Ingenieure und 30 % der Ärzte des indischen Examensjahrgangs 1966/67 arbeiten vermutlich im Ausland. Insgesamt sind zwischen Anfang der sechziger und Mitte der siebziger Jahre über 400 000 qualifizierte Arbeitskräfte aus der Dritten Welt in die Industrieländer emigriert.

Angesichts solcher Zahlen kann man sich in den reichen Ländern nicht mehr auf Menschenrechtspositionen wie das Recht auf Freizügigkeit zurückziehen. Schließlich zögert auch kein Industrieland, der ungehemmten Immigration wenig qualifizierter Arbeitskräfte aus eigenem Interesse einen behördlichen Riegel vorzuschieben. Entwicklungsländer benötigen den wissenschaftlichen Nachwuchs aus den eigenen Reihen dringender. Sie werden um den Erfolg ihrer Investition gebracht, wenn die Emigranten im Heimatland auf Kosten der Allgemeinheit ausgebildet worden sind. Aber auch die ausländischen Studenten in den Industrieländern stellen eine Elite aus ihrer Heimat dar, die dort unbedingt benötigt wird. Kehren sie nicht zurück, so ist ihr Herkunftsland in der Regel um einige Entwicklungschancen ärmer, als wenn sie es nie verlassen hätten.

Diese Einsicht und das große Ausmaß des Problems sollten eigentlich genügen, um die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Eindämmung des „Brain Drain" auch von seiten der Industrieländer und nach Kompensation für die erlittenen Verluste bei den Reichen nicht auf taube Ohren stoßen zu lassen. or

VR China

Erweiterte Mitbestimmung?

Die umfangreichen Importe westlicher kapitalintensiver Technologien stellen chinesische Wirtschaftler verstärkt vor das Problem unzureichender Kriterien und Kontrollmechanismen für eine effiziente Kapitalallokation. Insbesondere wird bemängelt, daß Betriebe kapitalintensive Technologien übernehmen können, ohne die entsprechende finanzielle Verantwortung tragen zu müssen. Um der hieraus resultierenden Kapitalverschwendung entgegenzuwirken, wurde in einer maßgeblichen chinesischen Wirtschaftszeitschrift der Vorschlag unterbreitet, das eingesetzte Kapital bei der Preisbildung stärker zu berücksichtigen, mit der Folge, daß Preise kapitalintensiver Erzeugnisse höher anzusetzen wären als bisher. Der Vorschlag sieht gleichzeitig vor, Betriebsgewinnen die Rolle eines umfassenden Erfolgsindikators u. a. für die Bemessung der Prämien einzuräumen. Das finanzielle Eigeninteresse würde dann die Unternehmensleitungen veranlassen, nur nach sehr sorgfältiger Kalkulation zusätzliches Kapital anzufordern.

Welche konkreten Maßnahmen getroffen werden, um den Unternehmensleitungen sinnvolle Kriterien und Kontrollinstrumente für ihre wirtschaftlichen Entscheidungen an die Hand zu geben, ist im einzelnen noch nicht abzusehen. Auf jeden Fall kann aber davon ausgegangen werden, daß den Preisen eine weit größere Bedeutung als bisher eingeräumt werden wird und die Höhe einzelbetrieblicher Gewinne als Indikator für betriebliche Leistungen an Bedeutung gewinnt. Damit werden wichtige Voraussetzungen für eine weitgehende Dezentralisierung geschaffen, die es möglich erscheinen lassen, daß Unternehmensleitungen an Entscheidungen über die jeweiligen für sie relevanten Technologieimporte mitbeteiligt werden, ohne allerdings das staatliche Außenhandelsmonopol und die Rolle der Außenhandelsgesellschaften in Frage zu stellen. kl